

Suche...

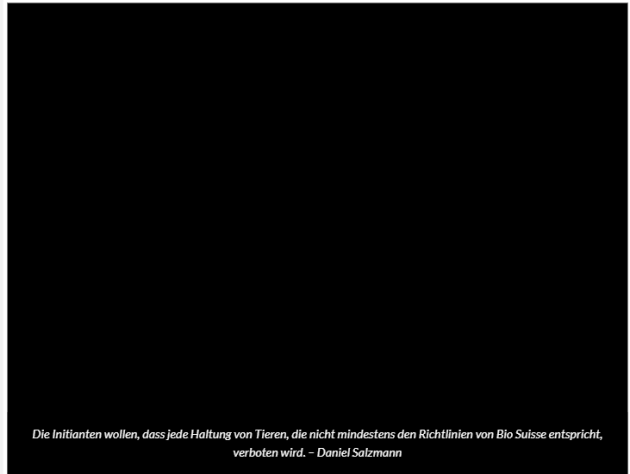
Die Rubrik «Politik & Wirtschaft» als RSS-Feed abonnieren 10.08.2022 10:31

Abstimmung

# Umfrage: Knappes Ja für Massentierhaltungsinitiative



Von: sda/blu



Zustimmung für die beiden AHV-Vorlagen und die Massentierhaltungsinitiative, Nein zum Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer: Das sind die Ergebnisse der ersten Abstimmungsumfrage von Tamedia und «20 Minuten» vor dem Urnengang vom 25. September.

16'341 Personen aus der ganzen Schweiz hatten vom 3. bis 4. August an dieser ersten Welle der Umfrage teilgenommen. Es zeigte sich bei allen Vorlagen ein Geschlechtergraben. Am deutlichsten waren die Unterschiede zwischen den Geschlechtern beim AHV-Bundesgesetz, das die Erhöhung des Frauenrentenalters vorsieht.

## Ja zur Massentierhaltungsinitiative

Die Massentierhaltungsinitiative wird laut der Umfrage derzeit von 55 Prozent der Befragten unterstützt, 43 Prozent sind dagegen und 2 Prozent noch unentschieden. Typischerweise starten allerdings Initiativen mit guten Zustimmungswerten. So war es im vergangenen Jahr auch bei den Agrarinitiativen. Die erste Umfragewelle von «20 Minuten»/Tamedia ergab damals für die Trinkwasserinitiative eine Zustimmung von 54 Prozent, für die Pestizidinitiative 53 Prozent. Schlussendlich wurden die beiden Vorlagen mit über 60 Prozent Nein bachab geschickt.

Eine besonders starke Zustimmung findet die Vorlage bei den Frauen 64 Prozent. Demgegenüber sagen derzeit nur 44 Prozent der Männer Ja oder eher Ja zur Initiative. Sympathisanten von Grünen, SP und GLP sagen deutlich Ja. Gegen die Vorlage sprachen sich Wählerinnen und Wähler von SVP, FDP und Mitte, sowie die ländliche Bevölkerung aus.

### Das will die Initiative

Die Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» verlangt eine Verfassungsänderung zur landwirtschaftlichen Tierhaltung. Der Bund soll die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützen. Konkret sollen Kriterien festgelegt werden für eine tierfreundliche Haltung und Pflege, den Zugang der Tiere ins Freie und die Schlachtung. Ebenso soll der Bund bestimmen, wie viele Tiere höchstens zusammen in einem Stall untergebracht werden dürfen.

Tiere und Tierprodukte, die mit in der Schweiz verbotenen Methoden produziert worden sind, dürfen gemäss Initiative nicht importiert werden. Für die Umsetzung der Initiative sind maximale Übergangsfristen von 25 Jahren vorgesehen. Die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen sollen drei Jahre nach dem Ja in Kraft sein und sich an den Bio-Suisse-Richtlinien von 2018 orientieren.

Lanciert wurde die Initiative vom Verein Sentience. Die Trägerschaft bilden die Fondation Franz Weber, Vier Pfoten und Greenpeace; unterstützt wird sie unter anderem vom Schweizer Tierschutz, von der Stiftung für das Tier im Recht, Kag Freiland, der Kleinbauernvereinigung sowie von den Grünen und den Jungen Grünen.

## Vor allem Männer befürworten höheres Rentenalter

Die Zustimmung zur Erhöhung des Rentenalters der Frauen betrug bei den Befragten insgesamt 53 Prozent. 44 Prozent sprachen sich dagegen aus und 3 Prozent machten keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Während nur gerade 36 Prozent der Frauen der Vorlage zustimmen wollen, lag der Ja-Anteil bei den Männern bei 71 Prozent.

DAS WETTER IN Bern  
DONNERSTAG 12° | 29° FREITAG 14° | 29° DER NÄCHSTE NIEDER SCHLAG IN  
**3.3**  
TAGEN

- Neues Meistgelesen Oft Kommentiert
- 19:31 Zug kracht in Traktor-Gespann
  - 18:47 Schaut Ihr «Bauer, ledig, sucht»?
  - 18:00 Armee versorgt Alpbetriebe mit Wasser
  - 17:15 Preise für Maiswürfel steigen
  - 16:32 «Preise für Milch und Getreide müssen steigen»
  - 15:52 USA: Inflationsrate schwächt sich deutlich ab
  - 15:16 So fühlt sich Schafbauer bei Anblick zeretzter Lämmer
- [» mehr](#)

SCHWEIZER BAUER



BEKANNTSCHAFTEN

Ebenfalls deutlich abgelehnt wurde in der Befragung die Erhöhung des Rentenalters von der am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppe der 50- bis 64-Jährigen (58 Prozent) und von Personen ab 65 Jahren (65 Prozent). Klar für eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen sprachen sich die jüngsten Stimmentenden aus (58 Prozent).

Die Vorlage wird von den Frauen und Sympathisanten der SP und Grünen sehr deutlich abgelehnt. In der bürgerlichen Wählerschaft ist die Unterstützung bei der SVP-Basis laut der Umfrage am tiefsten. Am höchsten ist sie bei FDP und GLP.

## Deutliche Mehrheit für Mehrwertsteuererhöhung

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Zusatzfinanzierung der AHV würden aktuell 58 Prozent der Stimmbewölkerung befürworten. 38 Prozent sprechen sich dagegen aus und 4 Prozent machen keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Bei den Frauen lag die Zustimmung mit 50 Prozent deutlich tiefer als bei den Männern (65 Prozent).

Eine deutliche Mehrheit der Sympathisanten von Mitte, FDP und GLP unterstützt die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Gespalten ist die SVP-Wählerschaft, während eine relative Mehrheit der Sympathisanten von SP und Grünen den Bundesbeschluss ablehnt. Die Zustimmung ist in der ältesten Altersgruppe am höchsten.

## Nein zu Verrechnungssteuer-Vorlage

Beim Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer ist das Nein-Lager laut der Umfrage mit 51 Prozent im Vorsprung. 30 Prozent der Umfrageteilnehmenden sagten Ja und fast ein Fünftel der Befragten äusseren sich nicht zu ihren Stimmabsichten.

Die Vorlage wird sehr deutlich im links-grünen Lager abgelehnt und findet aktuell einzig bei den Sympathisanten der FDP eine Mehrheit. Auch bei dieser Vorlage gibt es einen Geschlechterunterschied: Nur 25 Prozent der Frauen wollen Ja stimmen, während 37 Prozent der Männer das Bundesgesetz unterstützen.

## Mehr zum Thema

### POLITIK & WIRTSCHAFT

#### Mais von Frachter sollte nach Syrien

Die «Razoni» – beladen mit 26 000 Tonnen Mais – hatte den ukrainischen Schwarzmeer-Hafen Odessa am Montag verlassen – als erstes Schiff im Rahmen entsprechender Abkommen. - Pixabay  
Das mit...

### POLITIK & WIRTSCHAFT

#### Armee will Schwinger weiterhin fördern

Die Grünen wollen die Förderung der Athletinnen und Athleten von der Armee abkoppeln und beim Bundesamt für Sport angleiern. - Andy Mettler  
Bundsrätin Viola Amherd hat anlässlich des Nordwestschweizer Schwingfestes...

### POLITIK & WIRTSCHAFT

#### Bundesgericht schützt Fruchtfolgeflächen

Das Bundesgericht entscheidet als oberste Instanz bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgerinnen, zwischen Bürgern und Staat, zwischen Kantonen sowie zwischen Bund und Kantonen. Betroffen sind das Zivil-, Straf-, Verwaltungs- und Sozialversicherungsrecht. - ...

### POLITIK & WIRTSCHAFT

#### Schweizer Botschaft: Gemüse statt Rasen

Das Gemüse soll an Bedürftige abgegeben werden. - Schweizer Botschaft  
Sri Lanka Die Schweizer Botschaft in Colombo (Sri Lanka) hat ihren Rasen um pflügen lassen und pflanzt jetzt Gemüse an. Hintergrund...

## 2 Kommentare

chueliueli sagt:

10. August 2022 um 19:50 Uhr

Die industrielle Ferkelproduktion, auch AFP genannt, liefert die besten Argumente für die Initiative. Was Futterlieferanten und Tiervermarkter da hochgezogen haben, hat mit bäuerlicher Tierhaltung nichts zu tun und dient nur der Umsatzmaximierung des Futterumsatzes und den Margen beim Tierhandel. Der Bauer ist nicht mehr Unternehmer mit eigenen Tieren, sondern beteiligt sich an idiotischen Herumkarren hochträglicher Mutterschweine und darf das unternehmerische Risiko tragen.

[Antworten](#)

ehemaliger Schweinemäster sagt:

10. August 2022 um 23:17 Uhr

Ja, der Schweinemäster, der sich auf die Tiervermarktungsfirma Anicom AG verlassen hat, wird eines Tages ruiniert vor leeren Schweineställen stehen.....

[Antworten](#)

## Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit \* markiert.

Kommentar

DER SCHWEIZER BAUER AUF YOUTUBE

